

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung 29./30. September 2016

TOP 1 (a+b)

(a) Die 25 Abgeordneten der AfD-Fraktion fordern die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ein. Der Ausschuss soll für den Zeitraum vom 19. April 2011 bis zum 11. April 2016 (6. Legislaturperiode) untersuchen, ob das Ministerium der Finanzen bei der Vergabe von Beraterverträgen gegen haushaltsrechtliche, vergaberechtliche und/oder andere gesetzliche Bestimmungen verstoßen hat.

(b) Besetzung des Ausschusses

(c) Auf Basis eines Antrags der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, im Ausschuss für Finanzen darüber zu berichten, welche Konsequenzen sie aus der bisher mangelhaften Vergabepaxis zieht und wie sie gedenkt, die eigenen Beschlüsse zur Regelung von Transparenz von Beraterverträgen sowie die Beschlüsse des Landtags künftig umzusetzen.

TOP 2

Die Landesregierung soll durch einen Antrag der Fraktion DIE LINKE aufgefordert werden, allen auf befristeten Stellen beschäftigten Sprachlehrkräften bei pädagogisch-fachlicher Eignung ab dem 1. Januar 2017 die Übernahme auf eine unbefristete Stelle anzubieten. Voraussetzung sei die Bereitschaft für einen Einsatz im Regelunterricht bei abnehmendem Sprachförderbedarf. Die Entscheidung zum Angebot unbefristeter Stellen solle unverzüglich getroffen werden. Der Ausschuss für Bildung und Kultur sei spätestens im Februar 2017 über das Ergebnis der Maßnahme zu unterrichten.

TOP 3

Im Rahmen der Föderalismusreform wurden den Ländern zum 1. Januar 2007 die Aufgaben Hochschulbau, Bildungsplanung, Gemeindeverkehrsfinanzierung und Wohnraumförderung übertragen. Damit verbunden wurde den Ländern eine Kompensation durch den Bund bis 31. Dezember 2019 zugesichert. Auch danach werden die Länder die Gelder der Kompensationshilfe nicht aufbringen können. Daher soll sich der Landtag auf Antrag der Koalition dafür aussprechen, die Kompensationsleistungen des Bundes auch nach 2019 fortzuführen.

TOP 4 (a+b)

(a) Die Koalition spricht sich in einem Antrag dafür aus, abweichend von der gesetzlichen Repowering-Regelung eine Einzelwindenergieanlage außerhalb eines Vorrang- oder Eignungsgebietes durch eine neue Einzelwindenergieanlage innerhalb eines Vorrang- oder Eignungsgebietes zu „repowern“. Die Landesregierung soll entsprechende Maßnahmen dafür klären. Dadurch sollen insbesondere auch die Potenziale des Repowerings mit dem Ersatz von alten durch moderne, leistungsfähigere und ertragsstärkere Anlagen genutzt werden.

(b) Laut Fraktion DIE LINKE sind in Sachsen-Anhalt ein Großteil der Windparks bisher durch externe Projektierer und Investoren realisiert worden. Die eigentlichen Gewinne würden in andere Regionen abfließen. Die Landesregierung soll deswegen ein „Siegel für faire Windenergie in Sachsen-Anhalt“ einzuführen, um die faire Teilhabe aller Betroffenen und die Einbeziehung der regionalen Energieversorger zu stärken. Die Landesenergieagentur (LENA) soll als Servicestelle für faire Windenergie weiterentwickelt werden.

TOP 5

Die Koalition fordert von der Landesregierung – basierend auf dem Koalitionsvertrag – ein Konzept zur zukünftigen Gestaltung von Förderschulen. Das Konzept soll auch die Klärung der Frage nach der möglichen Zusammenlegung von Förderschwerpunkten an einem Standort beinhalten. Das erarbeitete Konzept soll zunächst in den Ausschüssen für Bildung und Kultur und für Arbeit, Soziales und Integration bis zum Ende des II. Quartals 2017 vorgelegt und erörtert werden. Bis die Erarbeitung und Umsetzung abgeschlossen sind, könne im Einzelfall der Vollzug von Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung befristet ausgesetzt werden.

TOP 6

Die AfD-Fraktion will sich für den Schutz des Kindeswohls bei durch „ungeregelter Masseneinwanderung“ sich in Deutschland befindlichen verheirateten Minderjährigen einsetzen. So soll sich laut Antrag der AfD die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass in Deutschland Ehen ausschließlich nach deutschem Recht zwischen volljährigen Partnern geschlossen werden können und im Ausland geschlossene Ehen in Deutschland gelten, wenn beide Partner zum Zeitpunkt der Eheschließung nach deutschem Recht volljährig waren.

TOP 7

Die Fraktion DIE LINKE hat für die sechste Sitzungsperiode des Landtags eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Kinderarmut in Sachsen-Anhalt“ beantragt. Die jüngst veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung habe gezeigt, dass die Kinderarmut in Sachsen-Anhalt im Vergleich sehr hoch sei. Insbesondere die Städte Halle und Magdeburg seien dabei besonders betroffen. Die antragstellende Fraktion hält aus diesen Gründen eine Befassung mit diesem Thema für geboten.

TOP 8

Die AfD-Fraktion schickt ihren Abgeordneten Willi Mittelstädt ein zweites Mal in das Rennen um das Amt des Vizepräsidenten des Landtags von Sachsen-Anhalt. Im ersten Anlauf am 1. September hatte Mittelstädt nicht die erforderliche Mehrheit des Plenums auf sich vereinen können.

TOP 9

Die Gesellschafterversammlung der Handball Magdeburg GmbH hat mit Beschluss vom 20. April 2016 Minister Thomas Webel als Mitglied des Aufsichtsrats berufen. Da es sich bei der vorgenannten Tätigkeit um die Wahrnehmung von Interessen im Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens handelt, bedarf es einer Ausnahmeregelung hinsichtlich des Ministergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt.

TOP 10

Die Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur bilde die Grundlage der Landesförderung ausgewählter Kulturinitiativen, so die Fraktion DIE LINKE. Um der aktuellen Struktur der Kulturlandschaft gerecht zu werden, soll sie per Antrag der Fraktion überarbeitet werden. Die aktuellen Förderschwerpunkte, Prioritätensetzungen und Prinzipien der Förderung von Kunst und Kultur sollen in geeigneter Form für die Förderperiode unter Beteiligung der Fachverbände festgelegt werden.

TOP 11

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2015 in einem Urteil festgestellt, dass die Grundgehaltssätze der R-1-Besoldung der Jahre 2008 bis 2010 in Sachsen-Anhalt

verfassungswidrig bemessen waren. Der Landesgesetzgeber wurde verpflichtet, verfassungskonforme Regelungen mit Wirkung spätestens vom 1. Januar 2016 zu treffen. Diese sollen nun durch weitere Regelungen ergänzt werden. Der Gesetzentwurf der Landesregierung befasst sich schwerpunktmäßig mit der Alimentation der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

TOP 12

Die Fraktion der AfD setzt sich mit einem Antrag für die Änderung des § 85 der Geschäftsordnung des Landtags ein. Dieser umfasst die Regelungen zur Nicht-/Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen. Die AfD möchte eine Öffnung der Ausschusssitzungen für die Öffentlichkeit (Medien, Bürger) erreichen. „Öffentliche Ausschusssitzungen dienen der Transparenz und sind ein Zeichen für eine lebendige Demokratie“, so die AfD in der Begründung ihres Antrags.

TOP 13

Die Fraktion DIE LINKE leitete aus dem Weltfriedenstag am 1. September ganz konkrete Forderungen an die Landesregierung ab. So sprach sie sich insbesondere für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger-Heide und für die Schließung der Truppenübungsplätze Kletz und Altengrabow aus. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den genannten Antrag abzulehnen.

TOP 14

Die Fraktion DIE LINKE ist zu der Erkenntnis gelangt, dass an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt Frauen in wissenschaftlichen Positionen noch unterrepräsentiert seien. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Studium, Forschung, Lehre und in den Führungspositionen der Hochschulverwaltung sei jedoch eine Frage der Chancengerechtigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts. Daher soll die Landesregierung mittels Antrag gebeten werden, bei einer verbindlichen Umsetzung des Kaskadenmodells die Hochschulen des Landes zu unterstützen, um den Anteil von Frauen und Männern weiter anzugleichen.

TOP 15

Mit einem Antrag spricht sich die Fraktion DIE LINKE für eine Änderung der Voraussetzungen zur Förderung von Baumaßnahmen an Grundschulen im Rahmen des STARK-III-Programms aus. Die Förderrichtlinien sollen hinsichtlich der Vorgaben zur Mindestschulgröße bei Grundschulen an die in der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung 2014 festgelegten Richtwerte zur Bestandsfähigkeit angepasst werden.

TOP 16

Laut Koalitionsvertrag ist vorgesehen, im Rahmen der Neufassung der Kinder- und Jugendhilfe-Pflegegeld-Verordnung im I. Quartal 2017 die Pauschalen an den dann aktuellen Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zu orientieren. Diese Gelegenheit solle laut Antrag der Fraktion DIE LINKE genutzt werden, um weitere Verbesserungen im Pflegekinderwesen zu ermöglichen und einen Blick auf dessen Gesamtsituation zu werfen. So fordern die Linken unter anderem eine Erhöhung der Pauschalen für die Alterssicherung vorzunehmen und einen Stellenaufwuchs auf wieder drei VZE im Fachzentrum für Pflegekinderwesen zu organisieren.

TOP 17

Die Fraktion DIE LINKE möchte durch einen Antrag erreichen, dass sich der Landtag auch nach Auslaufen der entsprechenden EU-Förderperiode im Jahr 2020 dazu bekennt, die

Schulsozialarbeit mindestens im derzeit geförderten Umfang fortzusetzen und langfristig zu sichern. Gemeinsam mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in Sachsen-Anhalt, der Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit und den kommunalen Spitzenverbänden sollen zeitnah der konzeptionelle Rahmen und die Finanzierungsbedingungen vereinbart werden.

TOP 18

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, das Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI)“ sofort einzustellen und die frei werdenden Mittel in die Kinderbetreuung zu investieren. „Der Aktionsplan verpflichtet über 95 Prozent der Bevölkerung dazu, die abweichende Sexualität von weniger als 5 Prozent der Bevölkerung in extremer Weise zu berücksichtigen. Er legt die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf Handlungsweisen fest, die ihrem Empfinden von Normalität und Natürlichkeit zuwiderlaufen“, so die AfD in ihrer Begründung.

TOP 19

Für die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Netzausbau ein wichtiger Bestandteil beim Ausbau der erneuerbaren Energien für eine erfolgreiche Energiewende. Ziel des Landes müsse dabei, so der Antrag der Koalition, eine faire Lastenverteilung innerhalb der Bundesrepublik sein. Die Landesregierung soll daher gebeten werden, sich dafür einzusetzen, dass der Ausbau der Netzinfrastruktur unserer Übertragungs- und Verteilernetze bedarfsgerecht und innerhalb der Bundesrepublik nach einer fairen Lastenverteilung erfolgt.

TOP 20

Nach Angaben der Fraktion DIE LINKE wurden im Jahr 2014 33,5 Prozent der in Sachsen-Anhalt abgeschlossenen Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst, 2013 waren es 32,7 Prozent. Damit habe Sachsen-Anhalt bundesweit die höchste Abbrecherquote. Um dem effektiv zu begegnen, sollen die für die Erteilung von Ausbildungsberechtigungen zuständigen Stellen aufgefordert werden, eine regelmäßige Überprüfung der Eignung der Ausbildungsstätte vorzunehmen und zusammen mit den zuständigen Stellen Kriterien erarbeitet werden, wie Mängel in der betrieblichen Ausbildung frühzeitig festgestellt und behoben werden können.

TOP 21

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im September die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.